

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Bezugspreis: Vierteljahr 1 Mk 50 Pf (ohne Postgeb.) für Ostpreußen 2 Mk 50 Pf. Bei a. u. Postanstalten L. Postanweisung Nr. 6958.
Eingangsnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Zeile, 1. Spalte od. deren Raum mit 15 Pf., 2. Spalten mit 50 Pf. für 10 Zeilen berechnet. In Dresden: Adolphstr. 13. — Fernsprecher Nr. 1300.

Für die Monate
November u. Dezember
abonniert man auf die „Sächsische Volkszeitung“ mit der täglichen Roman- beilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage „Freitagabend“ zum Preise von **1 Mk. (ohne Postgeld)** durch den Boten ins Haus **1.20 Mk.**

r. Die letzten Reichstagsersatzwahlen.

In den letzten Tagen wurden drei Ersatzwahlen zum Reichstage vorgenommen, von denen zwei erhöhtes politisches Interesse haben. Die dritte Wahl fand an der dänischen Grenze statt und endigte mit dem Siege des dänischen Kandidaten. Wer unserem politischen Leben fernsteht, der muß sich freilich wundern, daß dort oben noch immer eine dänische Partei existiert, obwohl 40 Jahre seit der Abgliederung an Preußen verstrichen sind. Gerade das Vorhandensein einer ausgesprochenen dänischen Oppositionspartei ist der beste Beweis dafür, wie wenig die preussische Verwaltung es verstanden hat, die Dänen mit den bestehenden Verhältnissen auszugleichen. Preußen ist groß in Disziplinieren und Ordnunghalten, aber Sympathie kann es nun einmal nicht erwerben; so ist es bei den Dänen, wie bei den Welsen, wie bei den Polen und es ist ein Glück für die preussische Monarchie, daß sie nur ganz geringe Teile fremder Völkerschaften in sich hat, eine Zusammenjerkung à la Oesterreich hätte Preußen schon längst zum Ruin geführt. Der neue dänische Abgeordnete tritt als Hospitant zur freisinnigen Volkspartei.

Einem sehr erbitterten Kampf gab es im Wahlkreise des Abgeordneten Dr. Sattler, dem ehemaligen Kreise des nationalliberalen Führers Bennigsen. Einstens siegte die Nationalliberalen hier sehr glatt und heute? Das Resultat der neuen Wahl lautet: Reche (nat.-lib.) 5114, Maebemann (Bund der Landw. 2475, Otto (frei. Volksp.) 2567, von Wendling (Welse) 1157, Ebert (Soz.) 5115 Stimmen. Stichwahl zwischen Reche und Ebert gilt als sicher. Bei den letzten allgemeinen Wahlen vor drei Jahren kam der verstorbene Reichstagsabgeordnete Dr. Sattler (nat.-lib.) mit 6466 Stimmen in Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Ebert, der 5964 Stimmen erhielt, außerdem entfielen auf den freisinnigen Kandidaten Otto 3524, auf den Welsen von Wendling 2138 und auf den Kandidaten des Bundes der Landwirte Maebemann 1918 Stimmen. In der Stichwahl wurde dann Dr. Sattler mit 12 232 Stimmen gewählt gegen 7178 sozialdemokratische Stimmen. Es ist ja den Nationalliberalen auch diesmal gelungen, in die Stichwahl zu kommen, und so werden sie wohl das alte Erbe Bennigsens halten können, auch wenn der Freisinn nicht für sie eintritt. Der Bund der Landwirte wird dies zweifelsohne tun. Der Postzustand wird also nicht verändert.

Am meisten Interesse hat der Wahlausfall in Döbeln im Königreiche Sachsen erregt. Das Mandat war erst seit 1902 in den Händen der Sozialdemokraten und diese eroberten es vorzüglich deshalb, weil ihr Kandidat sehr gemäßigt war und als Fabrikant im Kreise wohnte. Nun kam ein neuer radikaler Kandidat aus Leipzig; die Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und der Bund der Landwirte vereinigten sich auf einen Kandidaten, auf Professor Dr. Gasse, den Führer der Altsachsen, der bis 1903 Leipzig im Reichstage vertrat. Nur die Freisinnigen gin-

gen gesondert vor und zwar erstmals seit 13 Jahren; sie haben auch einen guten Erfolg nachzuweisen. Denn während diese 1903 und 1898 überhaupt keinen Kandidaten aufgestellt, und ihr Kandidat im Jahre 1893 nur 1646 Stimmen auf sich vereinigt hatte, erzielte sie diesmal mehr als die doppelte Anzahl der Stimmen. Der Sozialdemokrat siegte im ersten Wahlgange, wenn auch seine Stimmzahl um 1080 sich verminderte, obwohl die Bevölkerung zugenommen hatte. Das ist um so bemerkenswerter, als in dem Wahlkreise Döbeln die städtische Bevölkerung beinahe ebenso groß ist wie die ländliche, die Chancen für die Sozialdemokratie also sehr günstig lagen. Die Nationalliberalen haben sehr schlecht abgehandelt, denn obwohl sie es sehr klug zu machen suchten, indem sie einen Kandidaten aufstellten, der sich nur äußerlich zur nationalliberalen Partei bekannte, im Grunde genommen aber weit mehr nach rechts steht, und obwohl die Unterstützung der Konservativen und Antisemiten, Bündler und der sogenannten Mittelstandsvereinigungen dem Professor Gasse von vornherein sicher waren, ist es ihm bei weitem nicht gelungen, die Zahl der Stimmen zu erhalten, die vor drei Jahren auf die Kandidaten der Nationalliberalen und der Antisemiten zusammen entfielen. Er erhielt nur 8320 Stimmen, während damals für die genannten Parteien 11 003 Stimmen abgegeben wurden.

Dieses auffallende Ergebnis hat auch auf der Rechten sehr verstimmt, und die „Deutsche Tageszeitung“ spricht bereits den Nationalliberalen die Bündnisfähigkeit ab. Die Konservativen, die Antisemiten und der Bund der Landwirte hätten die Kandidatur Gasse mit allem Eifer unterstützt. Im Stiche gelassen wurde er von seinen eigenen Parteigenossen. Von den bei der letzten Wahl abgegebenen 5434 nationalliberalen Stimmen sei etwa die Hälfte dem freisinnigen Kandidaten zu gute gekommen. Das werde man sich für die Zukunft merken müssen. Eine Partei, die nicht so viel Disziplin besitzt, daß sie ihre eigenen Anhänger bei der Stange hält, die nicht verhindern könne, daß diese Anhänger zum großen Teile in das gegnerische Lager übergehen, sei absolut nicht mehr Bündnisfähig. Was helfe denn dann die vielgerühmte „Einigung von vornherein“, wenn die Nationalliberalen, zu deren Gunsten die Einigung erfolgt sei, in hellen Augen zum Freisinn übergeben. Man werde wohl zur Erklärung dieses Ueberganges anführen, daß Gasse dem rechten Flügel der nationalliberalen Partei angehört. Dieser Hinweis würde aber ganz unangebracht sein. Ein Einigungsabstand müsse den Parteien, die für ihn stimmen sollen, doch wenigstens etwas nabestehen. Oder wolle man künftig den Konservativen und dem Bunde der Landwirte zumuten, linksliberale Kandidaten zu wählen und ganz auf die Geltendmachung der eigenen Ueberzeugung zu verzichten? Das wäre das Verlangen eines politischen Selbstmordes.

Man wird diesen erbitterten Ausführungen nicht alle Verechtigung absprechen können. Es zeigt sich auch hier, daß ein Nichtwähler-Kandidat nie recht zukünftig ist; keine Partei geht mit voller Kraft an die Arbeit, zumal in den Lohn sich zu viele teilen müssen. Die Werbestraft fehlt einer solchen Kandidatur in ganz erheblicher Maße. Es ist also mit der vielgerühmten „Einigung“ nicht allein getan.

Die „Freie Zeitg.“ führt einen Gedanken aus, der sehr viel für sich hat; sie meint, daß mehrere Blätter der Rechten die abermalige Wahl des Sozialdemokraten im ersten Wahlgange darauf zurückzuführen suchten, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht auf einen Kandidaten haben einigen können. Eine solche Anschauung zeugt von der größten Kurzsichtigkeit und Unerfahrenheit und kann nur von Leuten ausgesprochen werden, die niemals aus ihren Redaktionsstuben herausgekommen seien. Dabei hätten die beiden bürgerlichen Kandidaten am Montag förmlich mehr Stimmen auf sich vereinigt als das vorige Mal. Wäre es aber bei der alleinigen bürgerlichen Kandidatur Gasse geblieben, dann würde dieser ohne Frage nur ganz wenig Stimmen mehr bekommen haben, während sich die Zahl der sozialdemokratischen Wähler außerordentlich vermehrt haben würde. Selbst Liebermann von Sonnenberg habe in

seinen „Deutsches Blättern“ vor der Wahl wiederholt behauptet, daß die Antisemiten in Döbeln auf eine eigene Kandidatur verzichtet hätten und hervorgehoben, daß, wenn alle Parteien zunächst für einen Mann ihrer eigenen Richtung zu stimmen in der Lage sind, die Aussichten für einen bürgerlichen Kandidaten in die Stichwahl zu kommen, sich wesentlich steigern würden. Das sei durchaus zutreffend und eine Erfahrung, die sich schon hundertfach bestätigt hat. Ein Zusammengehen der bürgerlichen Wähler gleich im ersten Wahlgange — das habe auch die „Deutsche Tageszeitg.“ zugegeben — sei nur unter besonderen Voraussetzungen angebracht.

Die Wahl in Döbeln ist somit auch die beste Abgabe an die Idee des Herrn von Kardorff, der auf dem freikonservativen Parteitage ein allgemeines Zusammengehen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie wünschte; das zieht nicht und ist nicht erfolgversprechend. Jede Partei muß im ersten Wahlkampfe ihre eigenen Kräfte messen, das ist die Regel; in der Stichwahl allerdings muß die Wahl eines Sozialdemokraten verhindert werden, falls der andere Kandidat nicht noch schlimmer ist als ein Sozialdemokrat! Selbstmord kann man auch in der Stichwahl niemandem zumuten. Nur auf diesem Wege kommt man zu einem Resultat. Es ist auch ganz ausgeschlossen, daß eine große Partei dem Kardorffschen Rate folgen kann. Das Zentrum zum Beispiel hätte hier von gar keinem Gewinn; es wäre ganz willkommen, um anderen Parteien die Mandate zu sichern; es selbst aber würde doch nirgends eine volle Unterstützung finden und wäre auf sich allein angewiesen. Der ver schwommene Nichtwähler hätte den Vorteil, daß man nationalliberale Kandidaten, die in zehn Farben schillern, stets als Kompromißkandidaten anbieten würde, und diese sollte man wählen. Wir sehen aber absolut kein Bedürfnis in der Richtung ein, daß die nationalliberale Fraktion im Reichstage verstärkt werden soll. Das ganze Parteileben leidet unter einer solchen Verschwommenheit, die schließlich nur den Sozialdemokraten neue Leute zuteilt. Jede Partei muß auf eigenen Füßen stehen, wer zu sehr nach der Hilfe anderer ausschaut, bekommt nur, daß er altersschwach ist und allein nicht mehr gehen kann.

Politische Rundschau.

Dresden, den 26. Oktober 1906.

— **Bischöflicher Besuch beim Kaiser.** Provinzial P. Ador von Anethleden und der neuernannte Bischof von Bogamoyo (Tasafrika) werden in diesen Tagen vom Kaiser empfangen werden. Kolonialdirektor Dernburg, mit dem die beiden Herren dieser Tage eine längere Unterredung hatten, wird diese beim Kaiser vorstellen.

— **Der demnächst erscheinende Entwurf des Hamburgischen Staatsbudgets für 1907** soll nach dem „V. L.“ mit 7 Millionen Mark Fehlbetrag abschließen.

— **Der gesunde Landwirtschaftsminister.** Die „Deutsche Tageszeitg.“ meint: „Die Sozialdemokraten werden bekanntlich sofort beim Wiederkommen des Reichstages eine Interpellation über die Fleischsteuerung einbringen. Voraussichtlich wird der preussische Landwirtschaftsminister im Namen des Reichsfänglers die Interpellation beantworten, falls es sein Gesundheitszustand erlaubt.“ Diese Hoffnung wollen wir nicht aussprechen! Wenn etwas diese Debatten verschärfen wird, so ist es die Anwesenheit des Herrn von Bobbieliski; einen besseren Agitationsstoff können die Sozialdemokraten gar nicht erhalten, als wenn sie die Miesengewinne Bobbieliskis neben die Fleischsteuerung stellen. Öffentlich verläßt den Reichsfängler seine Klugheit nicht; er muß für eine andere Vertretung sorgen.

— **Die „Nordd. Allgem. Zeitg.“** veröffentlicht zur **Verarbeiterbewegung** eine längere ihr zugegangene Darlegung. Daß das Verlangen einer 15 prozentigen Lohnerhöhung undurchführbar sei, das liege für jeden Kenner der Verhältnisse auf der Hand. Die die Lohabildung beeinflussenden Verhältnisse seien so verschieden, daß die gleichartige Behandlung der Frage einer Erhöhung ausgeschlossen sei, und

Besatz der Urmenich Religion?

Daß der Urmenich keine Religion besaß, ist für manche Leute Glaubenssach. Von höchstem Interesse wäre es, wenn sich in der Hinterlassenschaftsmasse des Urmenichs, näherhin des Ureuropäers, Spuren eines religiösen Bewußtseins vorfinden.

Ein Umstand ist da besonders beachtenswert. In der Uebergangszeit von der älteren zur jüngeren Steinzeit läßt sich die Bestattung der Toten nachweisen. Dreierlei ist hier zu bemerken, die Tatsache des Begräbnisses, die hockende Stellung, in welcher der Tote beigesetzt wurde und endlich der Brauch, die Gebeine nach der Verwesung rot zu färben.

In der Tatsache des Begräbnisses in festen Grabkammern ist jedenfalls ein Akt der Pietät gegen die Verstorbene zu sehen und auch ein Ausdruck des Glaubens an ein jenseitiges Leben.

Die bloße Tatsache der steinzeitlichen Beerdigung ist ein Beweis für die Pietät, welche die Neolithiker (Menschen der jüngeren Steinzeit) ihren Toten gegenüber besaßen. Nicht achtlos wurde der dahingeschiedene beiseite gelegt, sondern sorgsam der Erde übergeben. Zum Schutze des Toten baute man die Steinkiste oder verhöhlte die Grabhöhle mit großen Steinen. Wozu aber ein Schutz für den Toten, der

doch dessen nicht bedarf? Die Leute der Steinzeit glaubten, daß er ihn bedürfte, sonst hätten sie nicht ihre Steinkisten und Grabkammern gebaut. Warum bedürfte er des Schutzes? Offenbar war der Verstorbene nicht eigentlich tot, sondern, wie jene Frau (im Evangelium) sagte, er schlief nur und sollte später zu einem anderen Leben erwachen. So jetzt und die sorgfältige Bestattung, daß der Glaube an eine Fortdauer des Lebens nach dem Tode, der Glaube an die Auferstehung schon in grauer Vorzeit in dem Herzen der Menschen lebendig war.

Aber was soll die hockende Stellung? Man hat dieselbe mit dem Glauben in Verbindung gebracht, daß die Erde die Mutter des Lebendigen sei, aus deren Schoß der Mensch zu einem neuen Leben wieder geboren werde und sieht daher in der Hockstellung ein Nachbild von der Lage des Kindes im Mutter Schoß.

Der Verstorbene sollte eigentlich nur eine kleine Eruanne Zeit in der Erde ruhen, bis er zu einem neuen Leben erwachte. Da nun die Erde als Ernährerin des menschlichen Geschlechtes unser aller Mutter ist, so ruht nach dem Glauben der Steinzeit, wie Tropon meint, der Verstorbene im Schoße der Mutter, bis für ihn ein neues Leben beginnt. Der Mensch war gleichsam zu seiner Mutter zurückgekehrt, um wieder geboren zu werden. Und wie das Kind im Mutter Schoße in zusammengekauertem Stellung den

Augenblick erwartet, wo es das Licht der Welt begrüßen soll, so mußte der aus diesem Leben Geschiedene im Schoß der Erdemutter in derselben Stellung, die er als ungeborenes Kind eingenommen, der Stunde gewärtig sein, da ihn die höchste Macht zu einem neuen besseren Leben rufen würde, welches ewig dauert.“ (Heierli-Jürdis, „Urgeschichte der Schweiz“ 1901, S. 156, bei Reinhardt. Der Mensch zur Eiszeit in Europa, München 1906, S. 326.)

Man hat dagegen geltend gemacht, es seien lediglich praktische Gründe gewesen, Mangel an Raum und Platz, welche diese Zusammenkauertung des Leichnams veranlaßt hatten, da dem Eiszeitmenschen die entsprechenden anatomischen Kenntnisse gefehlt hätten.

Andere sehen gar, geleitet von der Absicht, dem Ureuroväter als einem „abergläubischen, bornierten, schmutzigen Wilden“ alle religiösen Gedanken abzusprechen, in dieser Zusammenkauertung des Leichnams zu einer hockenden Stellung den Ausdruck der Furcht, daß der Tote am Ende wiederkommen würde. Sein Ausbrechen aus dem Grabe soll verhindert werden. Als ob ein Wiederkommen eines teuren Verstorbenen etwas so Unangenehmes und Gefürchtetes wäre! Als ob nicht auch diese Menschen, welche an ihrem Toten die Verwesung bemerkten, gewußt hätten, daß ein Toter nicht mehr lebendig wird und nicht mehr aus seinem Grabe ausbrechen kann. Lediglich das Bestreben, den Ur-